

PRESSEMITTEILUNG

18. Mai 2017

Altersarmut

Nahles-Rente keine Lösung

Die von der Bundesregierung geplante Stärkung des betrieblichen Altersvorsorge (Nahles-Rente) ist keine Lösung für die absehbare Altersarmut künftiger Rentner. Sie löst die derzeitigen Probleme der betrieblichen Altersvorsorge nicht, und bürdet den Arbeitnehmern zusätzlich neue Risiken auf. Da die Nahles-Rente weiterhin privatwirtschaftlich organisiert ist, bleibt es nicht nur bei der Kostenbelastung, die eine solche Lösung ebenso wie die Riester-Rente unattraktiv macht. Betriebliche Altersrentner müssen zudem auf ihre Rente die vollen Krankenversicherungsbeiträge – also den Arbeitnehmer **und** den Arbeitgeberanteil – abführen. Außerdem sollen die Arbeitnehmer auf die bislang vorgeschriebenen Garantien verzichten und so unter Umständen nicht einmal die von ihnen gezahlten Beiträge zurückerhalten.

Den Verzicht auf die Beitragsgarantie sehen auch die aktuell konkretisierten Pläne für die so genannte Deutschland-Rente der drei hessischen Minister Thomas Schäfer (Finanzen, CDU), Stefan Grüttner (Soziales, CDU) und Tarek Al-Wazir (Wirtschaft, Grüne) vor. Zudem funktioniert die Deutschland-Rente nur, wenn möglichst viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit „sanftem Druck“ zum Abschluss eines Vertrages gebracht werden: Wer nicht widerspricht, soll künftig automatisch in die Deutschland-Rente einzahlen.

Aus Sicht der Verbraucherkommission Baden-Württemberg gibt es dagegen einen Vorschlag, der alle Probleme aufgreift und in einem attraktiven Konzept Antworten auf die zu beantwortenden Fragen der Stärkung der zusätzlichen Altersvorsorge einerseits und der Verbesserung der Situation bei Erwerbsminderung andererseits liefert: Das Vorsorgekonto. Dessen Einführung wurde bereits 2010 von der Verbraucherschutzministerkonferenz an die damalige Bundesregierung herangetragen und seither kontinuierlich weiterentwickelt. Nunmehr liegt eine umsetzungsreife Konzeption auf dem Tisch.

Berechnung zeigen: Hätte der Gesetzgeber zeitgleich mit oder statt der Riester-Rente das Vorsorgekonto eingeführt, wäre das von ihm angestrebte Versorgungsniveau im Alter, welches mit den bestehenden Riester-Renten und den meisten Produkten der betrieblichen Altersvorsorge nicht erreicht wird, sogar übertroffen worden. Einer der wichtigsten Gründe dafür: Das Vorsorgekonto ist bei einer Non-Profit-Organisation angesiedelt – idealer Weise unter dem Dach der gesetzlichen Rentenversicherung. Dadurch sind die Kosten, die die Renditen bestehender Altersvorsorgeprodukte (Riester und betriebliche Altersvorsorge) sowie der geplanten Nahles-Rente reduzieren, unschlagbar niedrig.

Die Verbraucherkommission fordert daher die Bundesregierung auf, die Erfahrungen aus über zehn Jahren des Versagens der privatwirtschaftlichen Riester-Rente sowie der Probleme bei der betrieblichen Altersvorsorge ernst zu nehmen und statt neuerlicher Flickschusterei zu Lasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Weichen für die rasche Einführung des Vorsorgekontos zu stellen.

Eine Stellungnahme sowie ein ausführliches Hintergrundpapier der Verbraucherkommission zum Thema Rentenversicherungen finden Sie unter: <http://www.verbraucherkommission.de/pb/,Lde/895287.html>

Eine ausführliche Darstellung des Vorsorgekontos finden Sie hier: <http://www.oekotest.de/bin/print/M1610-Vorsorgekonto.pdf>

Die VK-Mitglieder stimmten der Stellungnahme mit großer Mehrheit zu.